

Entfacher Angelegenheiten des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Amt des Kreis
Borken.

Postverlag:
Borken.

Bocholter-Borkener

Postverlag:
Borken.

Wegweiser zum Monats-
Angebot von der Gesellschaft, No.
2, ins Haus gebracht ein-
mal 25 Pf., Monatslohn 2,50, durch die
Post ein- und 42 Pf., Rest 2,50.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperrung, Betriebsstörung
u. a. hat der Verlag keinen An-
spruch auf Lieferung ob. Rückzahl.

Geschäftsstellen:
Bocholt, Reichsstraße 14
Fernsprech-Sammel- Nr.
3054. — Rade: Jos.
Heinrichs. — Anholt:
W. Wolling. — Werth:
Th. Parra. — J. J. J.
burg: Johann Welling.
Ningenberg: Schmitz.
Dingden: —
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Rheider Volkszeitung.

Amliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Anholter u. Jfelburger Zeitung.

Nummer 3

Dienstag, den 3. Januar 1933

Jahrgang 1933

Tagesfragen.

Kampf- anfragen.

Mit einem gewissen Optimismus
finden wir politische Kreise Deutschlands
in das neue Jahr hinübergegangen,
und das Volk hoffte, nunmehr nach dem unruhigen
Wahljahr 1932 in ein ruhigeres 1933 hinübergegangen
zu sein. Dem trug auch der Reichspräsident Rechnung,
als er dem Reichstag seine Jahresansprache
erwiderte, man dürfe hoffen, daß nunmehr die härteste
Notzeit Deutschlands vorüber sei. Aber gleich an der
Schwelle des neuen Jahres gab es Mißlänge. Daß
Reichspräsident Göring nicht bei Hindenburg zur
Neujahrsgratulation erschien, hat hier und da schon
einen unerfreulichen Eindruck gemacht. Dazu kamen
politische Schiebereien und Schlägereien zwischen den
Extremen an allen Ecken und Enden. Die Zeit des
Burgfriedens ist gestern abgelaufen. Jetzt sind
wieder politische Versammlungen, Demonstrationen
und Kundgebungen uneingeschränkt zulässig. Die Ver-
bote, die mit der Verkündung des Burgfriedens seit
dem 7. November verhängt waren, sind aufgehoben.
Schon sind von den verschiedenen Parteien eine Fülle
von Versammlungen und Umzügen angelegt; es wird
also jetzt zunächst eine Hochflut parteipolitischer Be-
stätigungen einfallen. Die Führer geben dazu ihre
Parolen aus; aus dem oppositionellen Lager ertönen
helle Kampfanfragen gegen das Kabinett Schleicher.
Im Sozialdemokratischen Presseblatt veröffentlichte
der Parteivorstand Otto Wels eine Neujahrs-
betrachtung, die eine scharfe Kampfanfrage gegen die
jetzige Reichsregierung enthält. Schleicher sei, wie sein
Vorgänger, auf dem besten Wege, die Sozialdemokratie
zu diffamieren.

Wir stehen gegen die Regierung dieses Entdeckers
des Herrn von Papen und gegen diesen Urheber des
Papenputsches in scharfster Opposition. Der
Widerstand der Arbeiterklasse ist nur möglich gegen
diesen „sozialen General“ und gegen alle, die ihn führen.
Wir führen den Kampf gegen die Schleicherregierung in
scharfster Opposition mit dem Ziel, den Einfluß der
Nicht-Generale und nicht-Generale, nicht-Industriellen
und nicht-Industriellen, die Interessen der Arbeiter und
Angestellten, der Kleinbauern und Gewerbetreibenden,
der Arbeitslosen und Rentner und der ganzen Millionen-
armee der Mißleidigen, Beladenen, Hungernden und
Darbenenden zu vertreten.

Die NSDAP steht im Kampfeifer der SPD nicht
nach, oder sie tut wenigstens so, vielmehr um die Auf-
merksamkeit von den Vorgängen in der Partei abzu-
lenken. Gestern ist die erste Nummer der norddeutschen
Ausgabe des „Völkischen Beobachters“, des Konfur-
renzorgans für den „Angriff“ des Herrn Dr. Göttsche,
in Berlin erschienen. Neben einem ausführlichen Ar-
tikel von Adolf Hitler, der unter der Schlagzeile
„Adolf Hitlers Kampfbotschaft für 1933“ erscheint,
haben zahlreiche führende Nationalsozialisten, unter
ihnen Reichspräsident Göring, Landtagspräsident
Kerrl, Dr. Frid, Kube u. a. m. dem neuen Blatt Geleits-
worte gewidmet. Hitler erklärt, er sei aufs äußerste
entschlossen, das Recht der Erstgeburt der Bewegung
nicht für das Vorgesetzte der Beteiligung an einer
Regierung ohne Macht zu verkaufen. Er lehnt jedes
Kompromiß ab und bezeichnet es als die größte Auf-
gabe der NSDAP im kommenden Jahr, das er ein
Kampfsjahr nennt, den Kämpfern, Mitgliedern und
Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen,
daß die Partei kein Selbstzweck sei, sondern nur ein
Mittel zum Zweck. Sie sollen erkennen, daß die Or-
ganisation in ihrer ganzen Größe und Schön-
heit nur dann einen Sinn und damit eine
Lebensberechtigung besitzt, wenn sie die ewig duld-
same (?) und kampftätigste Verkörperung und
Verfechterin der nationalsozialistischen Idee einer
kommenden deutschen Volksgemeinschaft sei. Was
die Schönheit der Hitler'schen Organisation an-
betrifft, so ist sie von der Mutter des ermordeten
Deutsch in ihrer erschütternden Warnung an die deut-
schen Mütter vor der SW kurz und faßlich ge-
bildet. Hitlers „Kampfbotschaft“, in der wieder der Total-
anspruch auf die Macht herausgestellt wird, zeigt, daß
schwerere politische Auseinandersetzungen unvermeidlich
sind, wenn die NSDAP sich nicht doch noch rechtzeitig
auf die Politik des Möglichen und Erreichbaren be-
schränkt. Hitler kann es ganz unmöglich entgangen
sein — es sei denn, daß er mittlerweile ganz weisfremd
geworden ist —, daß das deutsche Volk nichts weniger
wünscht, als erneut in Reichstagswahlen hineingetrieben
zu werden. Das Volk und in ihm alle, die eine ge-
deckte Entwicklung zum wirtschaftlichen Aufstieg
wünschen, haben keine Lust mehr an unverantwortlichen
Teilebenen, die nichts anderes erstreben als die Er-
füllung von unberechtigten Machtansprüchen, sondern
sie wollen Ruhe und Arbeit. Endlich müßte das, so sollte
man glauben, doch auch im Braunen Hause in Mün-
chen dämmern! Die letzten Ereignisse innerhalb der
Partei wie die Ergebnisse der letzten Wahlen redeten
doch eine allzu deutliche Sprache, als daß sie überhört
werden könnten.

Der Paßzwang für alle Sowjetisten.

Grundfällige Geg-
nerschaft zum Kom-
munismus soll in
keinem Falle dazu
verführen, die Dinge weniger
objektiv zu sehen und für wahr zu halten, was man
wahr haben möchte. Der frühere russische Diktator
Kerenski hat leghin in einem Berliner Vortrag

Die „große Politik“ beginnt wieder.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ Berlin, 2. Januar. (Draht.)

Die entscheidende politische Frage, die in den nächsten
Wochen gelöst werden muß, lautet: wird dem Kabinett
Schleicher Gelegenheit zum Arbeiten gegeben oder
nicht. Der Vorkostenrat des Reichstages tritt am
Mittwoch, 4. Januar, zusammen, um sich mit dem kom-
munistischen Antrag auf

sofortige Einberufung des Reichstags-
plenums zu befassen. In diesem Tage wird sich
wahrscheinlich schon übersehen lassen, ob und wann es

zum Konflikt zwischen der Reichsregierung und
dem Reichstag kommt.

Da die Entscheidung in diesem Monat fallen muß,
werden in politischen Kreisen, wie nicht anders zu er-
warten, die verschiedensten Kombinationen inspiert.
Dabei stehen besonders die Nationalsozialisten
im Mittelpunkt der Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Es
wird darauf verwiesen, daß

eine erneute Einladung des Reichstags-
lers an Hitler zur Mitarbeit nicht ausgeschlossen
sei. Da in diesem Falle mit einer Abgabe Hitlers
gerechnet wird, so beschließt sich die weitere Kom-
bination mit der Auswirkung des Konflikts zwischen
Straher und Hitler.

Welungen aus allen Teilen des Reiches belegen ein-
heitlich, daß die Zahl der nationalsozialisti-

Die Neujahrsgratulationen des Reichstages und des Reichsrates.

Briefwechsel zwischen Reichspräsident
und Reichstagspräsident.

CNB Berlin, 2. Januar.

In den Berichten der Zeitungen über die Ueberrit-
lung der Neujahrsgratulationen des Reichstages und
Reichsrates beim Reichspräsidenten sind verschiedentlich
Unrichtigkeiten und Entstellungen enthalten.

Belangt, so hat Reichspräsident Hindenburg ge-
gendes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet:

Berlin, 1. Januar 1933.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Es. Ezzellens bitte ich im Namen des Reichstages und
seines Präsidiums ergebenst Ihnen zum Anlaß des Jah-
reswechsels auf diesem Wege unsere ehrerbietigsten, auf-
richtigsten Glückwünsche auszusprechen zu dürfen. Möge
Gottes Gnade auch weiterhin über Ihnen walten, damit
Sie, Ezzellens im neuen Jahre Ihre Kräfte so wie bisher
im Dienste an Volk und Vaterland widmen können.

In ausgezeichneter Hochachtung und aufrichtiger Ver-
ehrung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergeb-
ter, Hermann Göring.

Der Reichspräsident hat darauf unter dem gleichen
Datum erwidert:

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Haben Sie herzlich Dank für die freundlichen Glück-
wünsche, die Sie mit Anlaß des Jahreswechsels im
Namen des Reichstages und seines Präsidiums über-
mittelt haben. Ich erwidere Ihre Glückwünsche mit den
besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen, wie
für eine gute Arbeit des Reichstages.

Mit freundlichen Grüßen

gez. v. Hindenburg.

Die in einigen Zeitungen enthaltene Behauptung,
Reichstagspräsident Göring habe dem Reichspräsidenten
bereits vor Weihnachten mitgeteilt, daß die
Mitglieder des Reichstagspräsidiums am Neujahrstage
nicht in Berlin seien, trifft, wie von zuständiger Stelle
dazu erklärt wird, nicht zu.

Was dann weiter den Empfang der Reichsrats-
vertreter anbetrifft, so ist die Behauptung, es sei

propädisch von einem baldigen Zusammenbruch des
kommunistischen Systems in Rußland gesprochen. Wir
glauben, daß es leider noch lange nicht so weit ist,
und daß der schwer geprüfte russische Bauer noch
Jahre hindurch vermutlich unter der Diktatur der
kommunistischen Herrschelaste sich beugen muß. Sicher
ist die Grundursache für alle gegenwärtigen und noch
kommenden Maßnahmen Stalins das Zurückbleiben
der praktischen Leistung hinter dem Aufbauplan der
Partei. Man hat riesige Fabriken, Häfen und Berg-
werke aus dem Boden gestampft, zum Teil in ganz
entlegenen Gegenden des Urals und Sibiriens. Die
praktische Verwendbarkeit der Produkte dieser
Werke steht zum großen Teil auf dem Papier, und
meistens sind riesige Kapitalien, zum Teil völlig sinn-
los, verbrant worden. Währenddessen litt das flache
Land in immer stärkerem Maße unter dem furchtbaren
Mangel an den notwendigen Gegenständen des täg-
lichen Lebens und an Lebensmitteln. Schließlich reißt
auch dem geduldsten russischen Mensch einmal die
Geduld, wenn man ihn nur mit Statistiken anstatt
mit Fleisch, Gemüse und Fett nähren will. Stalin
mußte ein Ventil für den Volkszorn öffnen und er-
laubte vor einiger Zeit sogar den staatlichen Getreide-
kollektiven, Getreide in den privaten Handel zu bringen.
Zu einer solchen Maßnahme, dem denkbar größten
Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit, konnte sich
Stalin nur unter größten Opfern entschließen. Wäh-
rend in den Städten das Volk friert und hungert und
in einzelnen Landstrichen eine geradezu furchtbare Not
herrscht, häufen sich die Goldbestände in den Verg-
werksbezirken und ertönen manche Gegenden im Ge-
treide, weil die Sowjets einfach nicht imstande sind,
das Hauptproblem moderner Wirtschaft, die Ver-

Die Glückwünsche der Staats- oberhäupter.

— Berlin, 2. Januar.

Aus Anlaß des Jahreswechsels hat zwischen dem
Reichspräsidenten und einer Anzahl von Staatsober-
häuptern ein Glückwunsch ausgetauscht stattgefunden,
so mit den Königen von Bulgarien, Dänemark, England,
Frankreich, Rumänien, Norwegen, mit dem Kero-
nischen Reichsministerpräsidenten, dem Kaiser von Persien
und dem Präsidenten der Republik Chile.

teilung der Produkte mit Hilfe einer technisch
einwandfreien Verkehrsorganisation, zu bewältigen.
Moderne Arbeiter sind nur durch langjährige Schulung
und durch Tradition heranzubilden. Die unbegreifbare
Wanderlust des russischen Menschen, sein Hang zum
raschen Wechsel der Arbeitsstelle, erschweren die Ab-
sichten der Sowjets in starkem Maße. Gerade die
Kollektivierung des ländlichen Grundbesitzes machte die
Bauern noch unabhängiger von der Scholle als bisher
und bewog sie zur Wanderschaft in die Städte, wo sie
eher zu den erhabenen Gegenständen des zivilisierten
Lebens zu gelangen hofften. Die Einführung des
Paßzwanges für alle Sowjetbürger bedeutet deswegen
zunächst ein Ende für die Freizügigkeit
des russischen Arbeiters. Er soll in Zukunft
keine Lebensmittellarten nur gegen Vorzeigen des
Paßes bekommen. Bald werden Anweisungen folgen,
die die Ausfuhr der Lebensmittellarten an die An-
sässigkeit im Ort binden. Das bedeutet mit anderen
Worten Zwangsarbeit in dem Werk oder dem
Kollektiv, in dem der Russe zur Zeit arbeitet. Entfernt
er sich von Werle, um sich den fester verschärft ein-
liegenden Arbeitsbestimmungen zu entziehen, so muß
er verhängern. Genau so wie die Sowjets mit ihrer
Tscheka die berüchtigte Ochrana der Zaren übernahmen,
führen sie jetzt auch mit der Einführung des Paß-
zwanges eine weitere Maßnahme des Parismus gegen
müßelrige, politisch verdächtige Staatsbürger durch.
Mit dem Paß und einem entsprechenden Vermerk dar-
auf wird der Richtangehörige der KPD oder womöglich
noch der Angehörige des früheren Mittelstandes und
der Intelligenz endgültig abgestempelt sein.
Ein neues Martyrium für die Reste des früheren
Bürgertums beginnt.

stischen Abgeordneten, die mit Straßer für eine
positive Mitarbeit an den Reichsgeheimnissen sind, im
Wachen begriffen sei. Ebenso ist die Stimmung
in den breiten Massen durchaus nicht mehr
für Hitler so günstig wie früher, weil zahlreiche Wähler
doch zu der Erkenntnis gekommen sind, daß der Anbruch
des Dritten Reiches nicht so bald wie erhofft bevor-
steht. Für Hitler ist die Situation sehr unange-
nehm, denn, wenn er sich, was allerdings nicht an-
genommen wird, mit seiner Partei der Reichsregierung
zur Verfügung stellen sollte, so läge in diesem Schritt
das Eingeständnis, daß er im August und im
Dezember des Jahres 1932 vollständig falsch ge-
handelt hat. Sagt er aber Nein, so wächst die Un-
hängerschaft Strahers.

Eine Unterredung, die ganz im geheimen
zwischen Hitler und Straßer stattgefunden hat,
endete ergebnislos.

Aus dem Fernbleiben des Reichstagspräsidenten
Göring vom Neujahrsempfang bei Reichspräsident
von Hindenburg lassen sich nicht ohne weiteres Schlüsse
auf eine verstärkte Oppositionsstellung der national-
sozialistischen Partei ziehen. Für das Jahr 1933 haben
sie zwar die große Offensive angekündigt. „Der Angriff“,
das Organ des Abgeordneten Dr. Goeßels, der bis-
her die scharfste Tonart vertrat, läßt jedoch seit
einigen Tagen von jener Kampfeslust nichts ver-
spüren. Die erste Nummer des „Angriffs“ im neuen
Jahr enthält lediglich die Bemerkung, daß als Auftakt
für die kommende politische Arbeit des neuen Jahres der
Vorkostenrat des Reichstages am Mittwoch auf
begeleitete Einberufung des Reichstages Stellung zu
nehmen. Entweder will Hitler Reichstagsleiter
werden mit allen Vollmachten oder er geht in scharfste
Opposition. Da der Reichspräsident nicht geneigt
sein dürfte, Hitler die „ganze Macht“ auszuliefern, so
kame nur scharfste Opposition in Frage.

In ihrem Gefolge ständen Auflösung des Reichs-
tages und Neuwahlen. Die bei den National-
sozialisten vorliegenden Tatsachen sprechen nicht
dafür, als ob Hitler auf die unmittelbare
Herbeiführung der Krise besonderen Wert lege.

Wie die Dinge laufen, weiß jedoch heute noch niemand.
Jedenfalls werden die Kommunisten und Sozialdemo-
kraten alle Hebel in Bewegung setzen, um die National-
sozialisten zu einem für sie ungünstigen Zeitpunkt,
d. h. möglichst bald, in den Wahlkampf zu zwingen. Im
Zusammenhang mit all diesen Fragen heißt es, bei den
maßgebenden Instanzen

besteht die Absicht, den Abgeordneten Gregor
Straßer zum Vizetanzler und zum Mi-
nisterpräsidenten in Preußen zu machen.

Sollte diese Absicht tatsächlich vorhanden sei, so ist nicht
zu ersehen, welchen praktischen Wert sie haben
sollte. Straßer als Vizetanzler hat ohne starken Rückhalt
in seiner Partei keine besondere Bedeutung. Selbst
wenn er, wie versichert wird, einige
Duzend nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete
auf seiner Seite hätte und dadurch die nationalsozialisti-
sche Reichstagsfraktion sprengen könnte, so wäre
damit nur neues Wasser auf die Mühlen der Radi-
kalen im nationalsozialistischen Lager geleitet und die
Opposition im Reichstag wäre schärfer als je. Aber
auch als preußischer Ministerpräsident kommt Straßer
nicht ohne weiteres in Frage. Ohne Zustimmung des
Parlaments könnte Straßer höchstens die Rolle eines
Kommissars übernehmen.

Das Zentrum jedoch, ohne das in Preußen nun
einmal eine parlamentarische Lösung nicht zu finden
ist, drängt nach einer anderen Richtung, näm-
lich nach der Bildung eines preußischen Kabinetts
mit Reichsbildung im preußischen Parlament.

Die Ernennung Strahers zum Vizetanzler und zum
preußischen Ministerpräsidenten kann daher nicht
ernsthaft zur Diskussion stehen. In parlamen-
tarischen Kreisen wird auch davon gesprochen, es sei
nicht notwendig, daß beim Zusammentritt des Reichs-
tages sofort die Entlassung falle. Möglich wäre es,
daß der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung
entgegennehme und daß die politische Ausein-
anderetzung erst zu einem späteren Zeitpunkt
stattfände. Da jedoch Klarheit geschaffen werden muß,
könnte dieser spätere Zeitpunkt nicht über das letzte
Januarrdrittel hinausgeschoben werden. Die Reichs-
regierung ihrerseits wird sich, so wird in unterrichteten
Kreisen versichert, den Wünschen des Reichstages nach
Abgabe der Regierungserklärung und nach einer poli-
tischen Aussprache keineswegs entziehen und
auch hinsichtlich des Zeitpunktes den Wünschen des
Reichstages zweifellos entgegenkommen.

Auf jeden Fall aber wird der Reichstagsleiter
selbst ein klares Bekenntnis der NSDAP
für oder gegen sich fordern.

